Kleine Anfrage Nr. 262

der Abgeordneten Dr. Dr. Nöll von der Nahmer und Genossen

betr. Uraltkonten in Westberlin, deren Berechtigte in der Bundesrepublik wohnen.

Am 16. Januar 1951 ist mit der Interpellation der Fraktion der FDP - Nr. 1786 der Drucksachen - Auskunft von der Bundesregierung erbeten worden, wann mit einer Umstellung der Westberliner Uraltkonten, deren Berechtigte in der Bundesrepublik wohnen, zu rechnen sei.

Nachdem in der 123. Sitzung vom 7. März 1951 der Bundesminister der Finanzen die Interpellation beantwortet hatte, wurde sie dem Ausschuß für Geld und Kredit überwiesen, der in seinem Bericht - Nr. 2465 der Drucksachen - einstimmig eine beschleunigte Regelung der Angelegenheit verlangte. In der 164. Sitzung vom 26. September 1951 hat das Haus mit wenigen Enthaltungen dem Vorschlag des Geld- und Kreditausschusses zugestimmt.

Inzwischen sind das Gesetz über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes (Erstes Überleitungsgesetz) vom 4. Januar 1952 (BGBl. I S. 1) sowie das Gesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten vom 29. März 1952 (BGBl. I S. 217) in Kraft getreten. Damit sind weitere für eine positive Regelung der Angelegenheit notwendige Voraussetzungen geschaffen worden.

Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Wann können die in der Bundesrepublik wohnhaften Gläubiger von Berliner Uraltkonten mit der Verfügungsmöglichkeit über diese Guthaben rechnen?
- 2. Was ist zur Durchführung des § 3 des Dritten Überleitungsgesetzes veranlaßt worden?

Bonn, den 22. April 1952

Dr. Dr. Nöll von der Nahmer

Dr. Preusker

Dr. Hoffmann (Schönau)

Dr. Henn

Dr. Hoffmann (Lübeck)

Dr. Will

Funcke

Mayer (Stuttgart)

Dr. Mende und Fraktion